

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 16. Juni 1993

am Donnerstag, dem 17. Juni 1993

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	2, 16	Dr. Klejdzinski, Karl-Heinz (SPD)	18, 19
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	21	Kubatschka, Horst (SPD)	28, 29
Bindig, Rudolf (SPD)	3	Dr. Kübler, Klaus (SPD)	36, 37
Böhm, Wilfried (Melsungen) (CDU/CSU)	43, 44	Dr. Leonhard-Schmid, Elke (SPD)	10, 20
Börnsen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	1	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	6, 7
Erler, Gernot (SPD)	41, 42	Maaß, Dieter (Herne) (SPD)	32, 33
Dr. Feige, Klaus-Dieter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27	Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD)	11, 12
Dr. von Geldern, Wolfgang (CDU/CSU)	25, 26	Reinhardt, Erika (CDU/CSU)	30, 31
Göttsching, Martin (CDU/CSU)	17	Dr. Schmieder, Jürgen (F.D.P.)	38, 39
Harries, Klaus (CDU/CSU)	4, 5	Schwanitz, Rolf (SPD)	22, 40
Jäger, Claus (CDU/CSU)	8, 9	Urbaniak, Hans-Eberhard (SPD)	23, 24
Dr.-Ing. Jork, Rainer (CDU/CSU)	14, 15	Zierer, Benno (CDU/CSU)	13
Kastner, Susanne (SPD)	34, 35		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

- | | |
|---|--|
| <p>1. Abgeordneter
Wolfgang
Börnsen
(Bönstrup)
(CDU/CSU)</p> | <p>Mit welchen Mitteln, Methoden und Strategien will die Bundesregierung auf die besorgniserregende Sachlage reagieren, daß nach einer stichprobenartigen Untersuchung im Auftrag des ADAC jeder vierte getötete Autofahrer keinen Sicherheitsgurt trug?</p> |
|---|--|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie

- | | |
|--|--|
| <p>2. Abgeordneter
Jürgen
Augustinowitz
(CDU/CSU)</p> | <p>Wie sehen die Planungen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie zur Förderung von alternativen und regenerativen Energien in den Jahren 1994, 1995 und 1996 aus?</p> |
|--|--|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

- | | |
|---|--|
| <p>3. Abgeordneter
Rudolf
Bindig
(SPD)</p> | <p>Trifft es zu, daß die Frage der Menschenrechte in China bei den letzten Regierungsverhandlungen nur in der allgemeinen Form angesprochen worden ist, daß der chinesischen Delegation vom deutschen Delegationsleiter erläutert worden ist, daß die deutsche Entwicklungskooperation auf fünf Grundprinzipien basiere: „Respekt vor den Menschenrechten; Partizipation der Bevölkerung im politischen Entscheidungsprozeß; Rechtsstaatlichkeit; die Schaffung eines marktfreundlichen Wirtschaftssystems und Entwicklungsorientierung des Staatshandelns (Frankfurter Rundschau vom 5. Juni 1993), und wenn nein, in welcher Weise ist die Frage der Achtung der Menschenrechte in China denn sonst bei den Regierungsverhandlungen besprochen worden?</p> |
|---|--|

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

- | | |
|---|---|
| 4. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU) | Kann die Bevölkerung vor Ort davon ausgehen, daß die Zusagen über die Beendigung der völkerrechtlichen Verträge über die Nutzung des Soltau-Lüneburg-Gebietes eingehalten werden, wonach der Raum Lüneburg am 1. August d. J. und der Raum Soltau am 1. August 1994 endgültig geräumt wird? |
| 5. Abgeordneter
Klaus Harries
(CDU/CSU) | Sind Gerüchte zutreffend, daß die Briten Interesse an einer Verlängerung der Nutzung für das Soltau-Lüneburg-Gebiet haben? |
| 6. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos) | Inwieweit kümmert sich die Bundesregierung um die Wahrung der Eigentumsrechte und den Erhalt von deutschem Kunst- und Kulturbesitz in Ostpreußen, Pommern, Ostbrandenburg, Nieder- und Oberschlesien? |
| 7. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos) | Wie erklärt sich die Bundesregierung das Desaster, daß der Antrag, die am meisten in Europa gesprochene Muttersprache Deutsch als dritte Amtssprache des Europarates zuzulassen, zurückgewiesen wurde? |
| 8. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung des EG-Unterhändlers in Bosnien, Lord Owen, daß in diesem Land unter den heutigen Bedingungen eine friedliche Lösung nicht möglich sei, und welche Konsequenzen zieht sie bejahendenfalls für ihre Bosnien-Politik? |
| 9. Abgeordneter
Claus Jäger
(CDU/CSU) | Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zum sog. Schutzzonen-Plan der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Rußlands und Spaniens für Bosnien ein, nachdem Bundesminister Volker Rühe den Plan kritisiert, während ihn Bundesminister Dr. Klaus Kinkel befürwortet und nicht als Abkehr vom Vance-Owen-Plan für Bosnien bewertet? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

10. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard-Schmid**
(SPD)
- Mit welcher Begründung erhält die Bundesregierung im Gegensatz zur Landesregierung Rheinland-Pfalz ihren Rückzahlungsanspruch gegen die Wohnbau Wittlich GmbH aus der Aufhebung der Zweckbindung von zwei mit staatlicher Unterstützung finanzierten Übergangswohnheimen in Wittlich aufrecht, obwohl die Wohnbau Wittlich GmbH, die eine teilweise Umwandlung in dauerhaften Wohnraum für Aussiedler anstrebt und so einen großen Beitrag zur Behebung der Wohnungsnot der Wittlicher Aussiedler leisten würde, sich bereit erklärt hat, einer langfristigen Zweckbindung des Wohnraums für Aussiedler zuzustimmen?
11. Abgeordneter
**Dr. Jürgen
Meyer**
(Ulm)
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, in § 37 Waffengesetz auch Waffen wie Butterfly-Messer und Springmesser, die derzeit vor allem unter Kindern und Jugendlichen begehrt sind und die in Schulen, die mit erhöhter Gewaltbereitschaft von Schülern konfrontiert sind, zum Einsatz kommen, aufzunehmen?
12. Abgeordneter
**Dr. Jürgen
Meyer**
(Ulm)
(SPD)
- Welche anderen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um dem Einsatz dieser Waffen durch Kinder und Jugendliche zu begegnen?
13. Abgeordneter
**Benno
Zierer**
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung am 26. Mai 1993 darauf verzichtet, durch Kräfte des Bundesgrenzschutzes, also der Polizei des Bundes, unter der Leitung des Bundesministers des Innern den freien Zugang zum Plenarsaal des Deutschen Bundestages für alle Berechtigten zu gewährleisten, die Blockade des Regierungsviertels durch Demonstranten zu verhindern und damit Schaden vom Ansehen der deutschen Demokratie abzuwenden, und warum wurde die Einsatzleitung dem Bonner Polizeipräsidenten dergestalt übertragen, daß dieser aus eigenem Ermessen sein Konzept der angeblichen „De-Eskalation“ unter Inkaufnahme von tätlichen Angriffen auf Abgeordnete und der Verweigerung des Zutritts zum Plenarsaal realisieren konnte?
14. Abgeordneter
**Dr.-Ing. Rainer
Jork**
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung angesichts der Belästigungen und Behinderungen von Abgeordneten am Tag der Asylrechtsdebatte in Bonn am 26. Mai 1993 die Forderung nach Aufhebung des Bannmeilengesetzes unterstützen, falls nein, warum nicht?

- | | |
|--|--|
| 15. Abgeordneter
Dr.-Ing. Rainer Jork
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß alle erforderlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind, daß ein Weitergehen des Mißbrauchs des Demonstrationsrechts die Arbeitsfähigkeit des Parlaments nicht grundsätzlich in Frage stellt? |
| 16. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU) | Welche verfassungsschutzrelevanten Informationen des Bundes und der Länder liegen der Bundesregierung über links- und rechtsextremistische Bestrebungen von Türken in Deutschland vor, und was bedeuten diese Aktivitäten für die innere Sicherheit? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

- | | |
|--|---|
| 17. Abgeordneter
Martin Göttching
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, weshalb die für 1990 zugesicherte Steuerbefreiung für reprivatisierte Betriebe nur Alteigentümern gewährt wird, und die Rechtsnachfolger nur dann Anspruch auf Steuerbefreiung haben, wenn der Alteigentümer bereits verstorben ist? |
| 18. Abgeordneter
Dr. Karl-Heinz Klejdzinski
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Präsidentin der Treuhandanstalt am 26. Mai 1993 in den Aufsichtsrat der Daimler Benz AG gewählt wurde, und besteht eine Konsultationspflicht der Betroffenen bei der Absicht, solche Aufgaben zu übernehmen? |
| 19. Abgeordneter
Dr. Karl-Heinz Klejdzinski
(SPD) | Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die besondere Aufgabenstellung der Treuhandanstalt eine Präsidentin voll fordert und deshalb Nebentätigkeiten, die sehr viel Engagement und Zeitaufwand bedingen, nicht angestrebt werden sollten? |
| 20. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard-Schmid
(SPD) | Trifft es zu, daß die amerikanische Regierung den Flugplatz Bitburg schließen wird, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die direkt und indirekt vom Flugplatzbetrieb abhängigen Arbeitsplätze zu sichern? |

21. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU)
- Welche Einsparungen entstehen dem Bund für den Haushalt 1994 und 1995 voraussichtlich bei einer generellen, gegebenenfalls durch Gesetzesänderungen ermöglichten Begrenzung der Ausgabensteigerung (ausgenommen verbindliche öffentlich- oder privatrechtliche vertragliche Verpflichtungen) auf 0 Prozent?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

22. Abgeordneter
**Rolf
Schwanitz**
(SPD)
- Ist eine Ursache für die erheblich höheren Abfindungszahlungen bei der ehemaligen SDAG Wismut sowie deren Nachfolgegesellschaften gegenüber denen der Treuhandunternehmen eine höhere gesundheitliche Belastung der ehemaligen Wismut-Mitarbeiter, und wenn dies der Fall ist, kommen diese höheren Abfindungszahlungen dann auch nur denen zugute, die tatsächlich unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen gearbeitet haben?
23. Abgeordneter
**Hans-Eberhard
Urbaniak**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die französische Regierung geäußert hat, daß sie sich nicht an der Restrukturierung der europäischen Stahlindustrie beteiligen will, da der bereits erfolgte Kapazitätsabbau in Frankreich als Beitrag hierzu gesehen wird.
24. Abgeordneter
**Hans-Eberhard
Urbaniak**
(SPD)
- Wie soll nach Ansicht der Bundesregierung der Konsens in der EG aussehen, damit die europäische Stahlkrise überwunden werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

25. Abgeordneter
**Dr. Wolfgang
von Geldern**
(CDU/CSU)
- Welche Position hat die Bundesregierung bei der Internationalen Walfangkommissionstagung in Kyoto, Japan (10. – 14. Mai 1993) vertreten?

26. Abgeordneter
**Dr. Wolfgang
von Geldern**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt sie vor dem Hintergrund des einstimmigen Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 29. April 1993 das Ergebnis, und welche Folgerungen zieht sie aus der Konferenz?
27. Abgeordneter
**Dr. Klaus-Dieter
Feige**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der Internationalen Walfangkommission in Japan, und inwiefern hat sich die Bundesregierung am Beschluß des Deutschen Bundestages vom 29. April 1993 bei den Verhandlungen orientiert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

28. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Bestrebungen in den USA, die Grenze für Produkte, die von Kindern hergestellt werden, mit der Begründung zu schließen, der Einsatz von Kindern verstoße gegen die Mindestalter-Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation von 1973, und ist sie bereit, auf EG-Ebene entsprechend aktiv zu werden?
29. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, auf internationaler Ebene Kinderarbeit verstärkt zu ächten und in den Ursprungsländern die sozialen Gründe für Kinderarbeit zu beseitigen?
30. Abgeordnete
**Erika
Reinhardt**
(CDU/CSU)
- Wie und durch welche Maßnahmen gewährleistet die Bundesregierung, daß der von ihr bundesweit eingeführte Röntgenpaß zum Schutz der Patienten von Ärzten in Praxen, von Krankenhäusern, Röntgeninstituten und deren Assistenten – auch ohne Nachfrage des Patienten – ausgegeben und die entsprechenden Eintragungen vorgenommen werden?
31. Abgeordnete
**Erika
Reinhardt**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß durch die Eintragung im Röntgenpaß größtenteils Mehrfachuntersuchungen vermieden werden können und somit eine überhöhte Strahlenbelastung für den Patienten ausgeschlossen sowie eine finanzielle Einsparung erreicht werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

32. Abgeordneter
**Dieter
Maaß
(Herne)
(SPD)**
- Wann ist mit dem Erlass der Verordnung über die Vermeidung und Verwertung von Abfällen aus Druckerzeugnissen (Altpapierverordnung-Alt-papVO) zu rechnen, deren Entwurf lange vorliegt, da die bislang entstehenden Kosten für die kommunalen Papier-Sammelaktivitäten, dem Anteil von Druckschriften entsprechend, zu 75% von den entsorgungspflichtigen Körperschaften beglichen werden müssen?
33. Abgeordneter
**Dieter
Maaß
(Herne)
(SPD)**
- Hält die Bundesregierung an der im Verordnungsentwurf vorgesehenen unentgeltlichen Rücknahmeverpflichtung der Hersteller und Vertrieber von Druckerzeugnissen fest, was den Vorrang der Kreislaufwirtschaft, wie in anderen Bereichen der Abfallwirtschaft, festschreiben würde?
34. Abgeordnete
**Susanne
Kastner
(SPD)**
- Welche Ursachen hat die Übersäuerung der Böden und der Gewässer in den neuen Bundesländern, insbesondere in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt, wo dies in weiten Bereichen zu Trinkwasser mit zu niedrigem pH-Wert und zu hohen Kupfer- und Bleiwerten geführt hat?
35. Abgeordnete
**Susanne
Kastner
(SPD)**
- Welche Sanierungsmaßnahmen mit welchen Kosten sind in den neuen Ländern durchzuführen, um möglichst kurzfristig die vorgeschriebenen Grenzwerte der Trinkwasserverordnung einhalten zu können?
36. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kühler
(SPD)**
- Welches sind die Ergebnisse des Besuchs des Bundeskanzlers in der Ukraine unter dem Gesichtspunkt der Abschaltung des Kernkraftwerkes Tschernobyl sowie der Aufrechterhaltung des Moratoriums für weitere Kernkraftwerke in der Ukraine?
37. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kühler
(SPD)**
- Welches sind die Ergebnisse des Besuchs des Bundeskanzlers in Bulgarien unter dem Gesichtspunkt der Abschaltung des Kernkraftwerkes Kosloduji und der weiteren Zusammenarbeit auf dem Sektor der Kernenergiepolitik?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post
und Telekommunikation**

38. Abgeordneter
**Dr. Jürgen
Schmieder**
(F.D.P.)
- Inwieweit bereitet das Bundesministerium für Post und Telekommunikation die Einspeisung von Hörfunk- und Fernsehsendern aus Ostdeutschland in das Bonner Kabelnetz vor?
39. Abgeordneter
**Dr. Jürgen
Schmieder**
(F.D.P.)
- Ab wann und unter welchen Bedingungen ist mit der Beseitigung dieser Informationslücke zu rechnen, da durch diese Benachteiligung in besonderem Maße die Entwicklung der inneren Einheit Deutschlands behindert wird?
40. Abgeordneter
**Rolf
Schwanitz**
(SPD)
- In welchem Umfang werden Geldmittel für die Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Postleitzahlen verwandt, und inwieweit werden diese Mittel für verschiedene Sendeformen des Fernsehens (zum Beispiel Spots, abendfüllende Sendungen) eingesetzt?
41. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- Welche Poststellen sollen im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und in der Stadt Freiburg in Zukunft geschlossen werden, nachdem die bereits bekanntgewordene Schließung der Poststelle in Obermünstertal offenbar als Auftakt einer Ausdünnung von Poststellen im ländlichen Raum dieser Region angesehen werden muß?
42. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)
- Wie sieht das als Ersatz vorgesehene Konzept der „Postagenturen“ im einzelnen aus, und wie kann es insbesondere weiterhin das sinnvolle Angebot eines Schalterverbundes von POSTDIENST, POSTBANK und TELEKOM aufrechterhalten, das Postgeheimnis garantieren und die Versprechungen einhalten, die bislang den Kunden der POSTBANK über die Verbreitung eines engen POSTBANK-Netzes gemacht wurden?
43. Abgeordneter
**Wilfried
Böhm**
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die TELEKOM in kleinen Orten und Gemeinden im ländlichen Raum (z. B. in Nord- und Osthessen) öffentliche Telefonstellen (Telefonhäuschen) abbaut, obwohl diese Telefoneinrichtungen nach eigenen Aussagen der TELEKOM „Leben retten können“, und wie wird diese Maßnahme begründet?

44. Abgeordneter
**Wilfried
Böhm**
(Melsungen)
(CDU/CSU)

Wie hoch sind bisher die Kosten, die der TELEKOM beim Ersatz der deutlich sichtbaren Telefonhäuschen durch Telefonzellen in grau-pink (offenbar eine Art Tarnfarbe) entstanden sind, und wie hoch werden sich die entsprechenden Kosten nach Abschluß dieser Umstellungsmaßnahme belaufen?

Bonn, den 11. Juni 1993

